

Corona: Wie geplant entfällt Grundlage für Beschränkungen

Länder erneut gescheitert

Berlin. Am kommenden Wochenende wird wie geplant die bisherige Rechtsgrundlage für viele bundesweit geltende Corona-Beschränkungen auslaufen, eine Verlängerung wird es nach Angaben von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach nicht geben. Ein Antrag mehrerer Bundesländer, das Infektionsschutzgesetz erneut entsprechend zu ändern, sei bei den Beratungen der Gesundheitsminister der Länder am Montag abgelehnt worden, sagte der SPD-Politiker in Berlin nach den Gesprächen.

„Nicht mehr durchführbar“

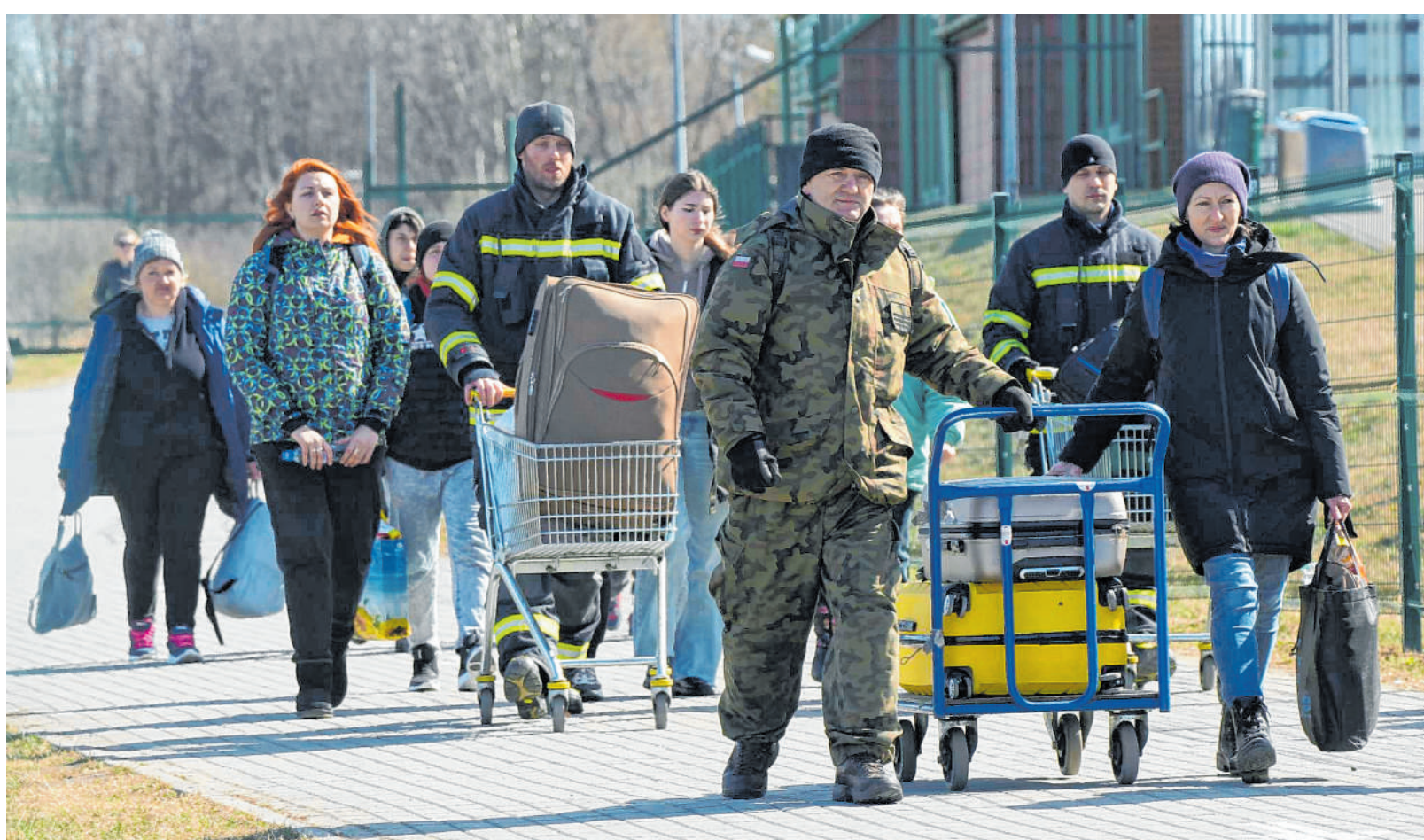
Ab Sonntag sind nach dem kürzlich geänderten Infektionsschutzgesetz und einer Übergangsfrist Maskenpflichten nur noch begrenzt möglich, etwa in Kliniken oder Pflegeheimen und öffentlichen Verkehrsmitteln. Masken in Geschäften oder Schulen und 2G- oder 3G-Zutrittsregeln, kann es zwar auch noch geben, aber nur noch regional, wenn das jeweilige Landesparlament eine besonders kritische Corona-Lage dort feststellt (Hotspot-Regel).

Lauterbach verteidigte die Rechtslage: „Wenn es eine nationale Überforderung des Gesundheitssystems durch die Pandemie nicht gibt, sind auch nationale Regeln nicht mehr durchführbar.“ Er habe erneut an die Länder appelliert, Hotspot-Regelungen in Kraft zu setzen. Auch für ganze Bundesländer sei das möglich. Bisher sind nur aus Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg Pläne dafür bekannt.

Der Gesundheitsminister mahnte, die Länder sollten nicht darauf spekulieren, dass die Fallzahlen heruntergehen und sich das Problem von allein erledige. „Das wird es nicht tun.“ Dies könne auch nicht der Geist sein, in dem man versuche die Pandemie zu überwinden. Die Zahlen seien auf sehr, sehr hohem Niveau, die Krankenhäuser zum Teil sehr stark belastet. Das sei eine unbefriedigende Situation, die sich noch lange hinziehen könne. *dpa*



Minister Karl Lauterbach ermuntert die Länder zu Hotspot-Regeln. BILD: DPA



Migration wird stark über Netzwerke gesteuert – wo schon viele Menschen aus einem Land sind, kommen noch mehr nach. BILD: SERGEI GRITS/DPA

Flüchtlinge: Der Mannheimer Soziologieprofessor Frank Kalter über den künftigen Konkurrenzkampf um Migranten

„Unsicherheit ist groß“

Von Stefanie Ball

Mannheim. Frank Kalter ist Professor für Soziologie an der Universität Mannheim sowie Direktor des Deutschen Zentrums für Migrations- und Integrationsforschung. Er mahnt, sich auf alle Szenarien des Kriegsverlaufs einzustellen.

Herr Prof. Kalter, wie viele Menschen werden noch vor dem Krieg in der Ukraine fliehen?

Frank Kalter: Ich glaube nicht, dass man das halbwegs seriös beziffern kann. Es gibt rund 44 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, zehn Millionen sind schon geflohen, 3,7 Millionen von ihnen über die Grenze. Es gibt viele Leute, die sagen: „Wenn die Situation noch dramatischer wird, mache ich mich auch auf den Weg.“ Ob sie das dann machen oder überhaupt schaffen, lässt sich jetzt nicht vorhersagen.

Im Syrien-Krieg sind die Hälfte der Menschen geflohen, ein Viertel in andere Länder. Könnte das ein Anhaltspunkt sein?

Kalter: Das wäre ein mögliches Szenarium. Aber die Unsicherheit ist in alle Richtungen hoch, wir wissen nicht, was passieren wird. Deshalb ist es wichtig, auf alles vorbereitet zu sein.

Die einen müssen da mehr vorbereitet sein als andere. Allein in Mannheim haben sich rund 2000 Geflüchtete registriert. Das sind 20 Prozent aller aktuell registrierten

Kriegsflüchtlinge in Baden-Württemberg. Die Herausforderung ist ja, dass sich die Menschen – anders als 2015 – die Orte, an die sie gehen, selbst aussuchen können.

Kalter: Das ist richtig. Die Massenzustrom-Richtlinie der Europäischen Union, die jetzt erstmals aktiviert wurde, sieht vor, dass sich die Menschen frei bewegen können. Aber unabhängig von dieser besonderen Regelung wird Migration immer stark über Netzwerke gesteuert. Wo schon viele Menschen aus einem Land sind, kommen natürlicherweise noch mehr.

Wäre eine faire und gerechte Verteilung aber nicht sinnvoller?

Kalter: Die Frage ist, was eine faire und gerechte Verteilung ist. Der sogenannte Königsteiner Schlüssel orientiert sich an der Kostenbelastung, die Kriegsflüchtlinge werden entsprechend des Steueraufkommens und der Bevölkerungsgröße auf die Bundesländer verteilt. Auf der anderen Seite ist es dort fair, wo die Integrationschancen besonders groß sind, wo langfristig die Belastung am geringsten ist. Und da sind strukturschwache Gebiete sicherlich weniger gut geeignet als größere Städte.

Aber schaffen das die Kommunen?

Kalter: Die Kostenverteilung und die faktische Verteilung müssen ja nicht identisch sein. Bei ungleicher Verteilung könnten die Kosten umgelegt werden. Länder und Kommunen, die mehr Kriegsflüchtlinge aufnehmen,

Frank Kalter

Frank Kalter ist Professor für **Allgemeine Soziologie** an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.



Er ist außerdem **Gründungs- und Direktor** des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), einer außeruniversitären Forschungseinrichtung.

Kalter forscht unter anderem zu **Ursachen von Migration**. *sba* (BILD: KALTER)

men, müssen die Kosten dafür nicht allein tragen.

Die Deutschen sind extrem hilfsbereit, spenden, unterstützen ehrenamtlich, nehmen Geflüchtete bei sich auf. Fürchten Sie, dass die Stimmung kippen könnte?

Kalter: Die Hilfsbereitschaft war auch schon bei der Flüchtlingskrise 2015 groß. Es ist gar nicht klar, ob das irgendwann gekippt ist, oder ob das nur in der öffentlichen Diskussion so dargestellt wird. Es wird immer Teile in der Bevölkerung geben, die Fluchtmigration kritisch sehen. Und wenn sich die Lage normalisiert hat und die ersten Probleme auftauchen, wird die aktuelle Euphorie vielleicht auch nicht mehr so groß sein wie jetzt. Aber eine grundsätzliche Hilfsbereitschaft wird es weiter geben – das war auch 2015 so.

Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine brauchen nicht erst lange Asylverfahren, für sie gilt ein vereinfachtes Verfahren. Sie können mindestens zwei Jahr hierbleiben, erhalten staatliche Leistungen, können gleich arbeiten. Ist das nicht eine Ungleichbehandlung gegenüber Geflüchteten aus anderen Ländern?

Kalter: Das ist auf jeden Fall eine Ungleichbehandlung. Die Frage ist nur, was man daraus lernt, und in welche Richtung man das korrigiert. Die Situation jetzt zeigt ja, wie Prozesse laufen können, wenn die Bedingungen besser sind. Die weitgehende europäische Einigkeit, die Massenzustrom-Richtlinie zu aktivieren, ist schon ein großer Fortschritt.

Noch nie waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht, und es werden noch mehr werden, wenn der Klimawandel Gegenden erst einmal unbewohnbar macht. Lernen wir also am besten möglichst viel aus Krisen wie dieser?

Kalter: Migration hat es in der Menschheitsgeschichte immer gegeben und wird es immer geben. Der Klimawandel ist dabei ein Faktor. Unterm Strich ist Zuwanderung aber immer ein Gewinn. In der Pflege oder Gastronomie gibt es in Deutschland einen erheblichen Mangel an Fachkräften. Auf diesem Gebiet werden wir bald europaweit und global so richtig um Migranten konkurrieren. In diesem Konkurrenzkampf sollte Deutschland darauf achten, gute Karten zu haben.

Migration: Staaten lehnen verbindliche Quoten ab

EU setzt auf freiwillige Aufnahme

Brüssel. Deutschland und die Europäische Union setzen bei der Verteilung der Millionen Ukraine-Flüchtlinge auf freiwillige Aufnahme. Von einer verpflichtenden Quote für die EU-Länder wollte Innenministerin Nancy Faeser am Montag beim Treffen mit ihren EU-Kollegen in Brüssel nichts mehr wissen. Auch andere Staaten erteilten dem schon während der großen Fluchtbewegung 2015/2016 gescheiterten Konzept eine Absage – und beschworen stattdessen die europäische Solidarität. Faeser distanzierte sich damit von früheren Aussagen: Noch Mitte des Monats hatte sie dem „Spiegel“ gesagt, Ziel müsse „eine Verteilung der Ukraine-Geflüchteten innerhalb Europas nach festen Quoten sein“. Von den mehr als 44 Millionen Ukrainern haben seit Beginn des russischen Angriffskriegs nach UN-Angaben bereits mehr als 3,86 Millionen Menschen das Land verlassen. Mehr als zwei Millionen sind in Polen angekommen, in Deutschland sind bisher 272 338 Flüchtlinge registriert worden.

Da es keine festen Grenzkontrollen gibt, dürfte die Zahl der Geflüchteten in Deutschland allerdings tatsächlich deutlich höher liegen. Anfang März haben die EU-Staaten entschieden, allen Ukrainern schnell und unbürokratisch Schutz zu bieten. Faeser stellt nun klar: „Es geht nicht um feste Quoten heute, sondern es geht um ein solidarisches Verteilungssystem.“

Dieser Kurswechsel ist wohl auch der Macht des Faktischen geschuldet. Denn Unterstützer einer solchen Quote lassen sich in der EU nicht finden. Bundeskanzler Olaf Scholz nimmt die anderen EU-Staaten in die Pflicht. Bisher seien viele Schutzsuchende vor allem in den an die Ukraine grenzenden Ländern und in Deutschland angekommen, sagt der SPD-Politiker in Berlin. Jetzt müsse es darum gehen, dass auch andere Länder einen Anteil der Menschen aufnehmen, die nicht wüssten, wo sie hingehen sollten. *dpa*



Flüchtlinge aus der Ukraine stehen vor einem Hostel in Berlin. BILD: PAUL ZINKEN/DPA

Ukraine-Konflikt: Der Krieg rückt nach Westen vor / In Lwiw bringt Bohdan Tykholoz Ausstellungstücke in Sicherheit / Seine Mitarbeiter haben sich bewaffnet

Ein Museumsdirektor bereitet sich auf das Schlimmste vor

Von Justine Salvestroni

Lwiw. Mariupol, Charkiw, Tschernihiw: Bislang lagen die Städte, auf die der russische Raketenhagel niederding, vor allem im Südosten, Nordosten und Norden der Ukraine. Doch zunehmend gerät auch der Westen, der bislang als vergleichsweise sicher galt, ins Visier der Russen. Insbesondere die historische Stadt Lwiw, in der bislang Flüchtlinge auf dem Weg in die EU Zwischenstation machten, ist betroffen. Lwiw liegt rund 80 Kilometer vom Nato-Mitgliedsland Polen entfernt.

Am Wochenende schlugen russische Raketen in einem Treibstofflager in den Außenbezirken von Lwiw ein. Die schwarzen Rauchwolken waren kilometerweit zu sehen. Zuvor war bereits der Flughafen der Stadt getroffen worden. Und auf dem Truppenübungsplatz Jaworiw, 20 Kilometer Luftlinie östlich der Grenze zu Polen, wurden Dutzende Menschen getötet. Vor dem Beginn

der russischen Invasion waren dort auch Nato-Ausbilder aktiv.

In Lwiw wächst die Angst, dass die Russen bald auf breiter Front attackieren könnten. Überall in der Stadt werden Sandsäcke aufgestapelt. Kirchen und Museen versuchen ihre Kunstschätze in Sicherheit zu bringen. Auch Bohdan Tykholoz, Direktor des Museums zu Ehren des berühmten ukrainischen Schriftstellers Iwan Franko, bereitet sich auf das Schlimmste vor. Ein Teil der Exponate wanderte in den Bunker des Museums. Tykholoz wohnt dort auch seit Kurzem. „Ein Museumsdirektor ist wie der Kapitän eines Schiffs, er geht als Letzter von Bord“, sagt der 43-Jährige. Seine Frau und seine Kinder haben sich bereits auf den Weg nach Deutschland gemacht. Er hat seine Wohnung Geflüchteten aus dem Osten der Ukraine zur Verfügung gestellt.

„Es gibt keine aktuellen Vorgaben zur Evakuierung der Sammlung, die letzten Anweisungen stammen aus

der Zeit des Kalten Krieges“, erklärt Tykholoz. „Also sind wir den Empfehlungen des Internationalen Museumsrates gefolgt.“ Die Angestellten des Museums schritten zur Tat und verpackten 35 000 Ausstellungs-

objekte und brachten sie in Sicherheit – sorgfältig beschriftet mit dem Datum des letzten Tages vor Kriegsausbruch.

Der ukrainische Schriftsteller Iwan Franko lebte von 1902 bis zu



Schwarzer Rauch steigt nach russischen Raketenanschlägen aus einem Treibstofflager der westukrainischen Großstadt Lwiw auf. BILD: KYODO/DPA

seinem Tod 1916 in Lwiw. Er war ein produktiver Schriftsteller, Dramaturg, Journalist und sozialistischer Aktivist. Er beherrschte mehr als 20 Sprachen und übersetzte die Werke von Goethe, Shakespeare und Flaubert ins Ukrainische. „Er ist einer der großen Denker der ukrainischen Identität“, betont Tykholoz. „Vor allem aber war er ein Gegner der Russen, deren Offensive in der Ukraine aktuell nicht nur eine militärische, sondern auch eine kulturelle ist.“

Altstadt ist Weltkulturerbe

Bohdan Tykholoz macht sich daher Sorgen. Die Angestellten seines Museums üben den Umgang mit der Waffe und trainieren sich in Verteidigung. Zusammen mit den Unterstützern des Museums haben sich mehr als 50 Menschen dem Schutz der Villa von Iwan Franko verschrieben. Das Museum hat eine tragische Geschichte. Die ersten drei Direktoren wurden während des Zweiten Weltkrieges und in den Jahren da-

nach dafür bestraft, dass sie Iwan Frankos sozialistischen Ideen anhängen. Die Hektik der kulturellen und religiösen Institutionen in Lwiw ruft bei den Einwohnern Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg wach. Lwiw hat rund 730 000 Einwohner und existiert seit 1356. Die Altstadt weist eine von Kriegszerstörungen verschont gebliebene und fast einmalige geschlossene Bebauung der Renaissance, des Barocks, des Klassizismus, Historismus, Jugendstils und Art déco auf. 1998 wurde das historische Zentrum in die Liste des Weltkulturerbes der Unesco eingetragen.

In Städten wie Iwankiw, Charkiw, Viawizka gerieten Museen oder Kirchen bereits unter Beschuss und wurden zerstört. Bohdan Tykholoz sitzt in seinem Museumsbunker. Er ist sehr besorgt. „Wenn man sieht, dass die Russen es fertigbringen, die Geburtsklinik von Mariupol zu bombardieren: Was werden sie dann erst mit unseren Museen anstellen?“